



LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW
Der Meinungsfreiheit verpflichtet.

AUF DER SUCHE NACH INHALTEN – WAHLKAMPF AN DER SCHNITTSTELLE VON DIGITAL- UND MEDIENPOLITIK

Ausgabe 4: September 2021

tbd



DER DEBATTENMONITOR DER
LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW.
**MEDIENPOLITISCHE DEBATTEN
VERSTÄNDLICH MACHEN.**

Realisiert von:

iRights.Lab
Think Tank für die
digitale Welt

EINFÜHRUNG: AUF DER SUCHE NACH INHALTEN – WAHLKAMPF AN DER SCHNITTSTELLE VON DIGITAL- UND MEDIEN- POLITIK

„Digitale Kommunikationsplattformen rücken 2021 auch im Wahlkampf in den Vordergrund“, schreiben Wissenschaftler im *Media Research Blog* im Mai 2021. Sie sehen die vergangenen Bundestagswahlen 2017 kaum beeinflusst durch Manipulationsversuche wie Desinformationskampagnen in digitalen Diskursräumen. Für die kommende Wahl Ende September stellen sie allerdings veränderte Rahmenbedingungen fest: Der physische Wahlkampf vor Ort ist 2021 nicht so wichtig wie bisher. Mediale und Online-Debatten gewinnen an Bedeutung. Darin erkennen die Wissenschaftler unter anderem die Chance, jüngere Menschen einzubinden. Einige Medienberichte sowie Politikerinnen und Politiker sehen in den Angeboten jedoch vor allem die Gefahr, dass bestimmte Akteure sie **nutzen, um gezielt Desinformation zu verbreiten** und damit auf die Wahlen einzuwirken. Als **Urheber solcher desinformierender Kampagnen** werden einerseits ausländische Akteure, vor allem Russland, genannt, aber auch *AfD*-nahe Gruppierungen.

Um die Bedeutung von Online-Diskursen insgesamt einzuschätzen, werden vielfach repräsentative Nutzungszahlen herangezogen. In Bezug darauf, wie sich Deutsche informieren, gibt der *„Reuters Institute Digital News Report 2021“* wichtige Anhaltspunkte: Für 40 Prozent der Befragten ist das Internet die Hauptnachrichtenquelle. Vor allem jüngere Menschen informieren sich online: Unter den 18- bis 24-Jährigen sind es 70 Prozent, unter den 25- bis 34-Jährigen 57 Prozent und unter den 35- bis 44-Jährigen sind es 51 Prozent. Dieser Wert hat sich von 2013 bis 2021 von 25 auf 40 Prozent erhöht. Social Media als Hauptnachrichtenquelle nutzten 2013 lediglich 2 Prozent, während es 2021 10 Prozent sind. Hauptnachrichtenquelle bleibt das Fernsehen mit durchschnittlich 44 Prozent.

In Anbetracht der Informationsgewohnheiten erscheint die Gefahr von Online-Manipulationen durch Desinformation zunächst weniger groß, als es Titel einiger Medienberichte wie *„Cyber-Bedrohungen überschatten Bundestagswahlkampf“* vermitteln. Diese Schlussfolgerung lässt außer Acht, dass sich mit der Existenz entsprechender Online-Angebote **politisch-kommunikative Milieus ausdifferenziert haben**. Sie unterscheiden sich erheblich darin, welche Informationsangebote sie nutzen. Das kann zu gesellschaftlichen Polarisierungen beitragen, die bestimmte Akteure strategisch über ihre Online-Kommunikation bedienen. Ein Beispiel dafür ist die **desinformierende Kampagne im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt**, die am 6. Juni 2021 stattfand. Die Kampagne beinhaltete falsche Darstellungen dazu, dass die Briefwahl zu Wahlmanipulationen beitragen würde. Influencerinnen und Influencer aus dem Umfeld der extremen Rechten, Anhängerinnen und Anhänger von Verschwörungserzählungen sowie der *AfD* streuten diesen Mythos, um Misstrauen in demokratische Wahlen zu säen. Nach den ersten Hochrechnungen zu Wahlergebnissen stieg die Verwendung des Hash-tags *„#Wahlbetrug“* sprunghaft an und wurde innerhalb von 24 Stunden 4.860 Mal verwendet. Das stellt eine Analyse des *Institute for Strategic Dialogue* fest. Hinzu kommt, dass manche journalistische Medien Themen und Akteure der Desinformation aufgreifen und ihnen damit zu weiterer Aufmerksamkeit verhelfen. Diese Zusammenhänge schlüsselt der *„Faktencheck“* auf, um sich einer Antwort auf die Frage zu nähern, welchen Einfluss Desinformation auf den Wahlkampf hat.

Die bevorstehenden Bundestagswahlen sind für Akteure der Desinformation auch insofern besonders relevant, da einerseits die Regierungszeit von Angela Merkel endet, während die ehemaligen Volksparteien weiter an Bedeutung verlieren. Das weist auf eine Neuausrichtung der Politik in Deutschland hin, *berichtet Democracy Reporting International* und betont darüber hinaus: Politische Verwerfungen durch die Corona-Pandemie stärken den politischen Extremismus zusätzlich. Diese Sichtweisen auf Desinformation und ihre Verbreitung verlieren laut Miro Dittrich, Forscher zu digitalen Nischenräumen und Verschwörungsideologien, eine zentrale Ursache aus dem Blick, warum irreführenden Darstellungen und Verschwörungsmythen erfolgreich sind: Sie bedienen in einer fragmentierten Gesellschaft das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Sinn im Leben, erklärt er im Interview *„Drei Fragen an Miro Dittrich“*.

Der Umgang mit Desinformation ist unter anderem deshalb eine Herausforderung, weil die Grenzen zwischen desinformierenden Darstellungen und konfrontativ geführtem Wahlkampf fließend sein können, meint *Zeit Online* im Artikel „Wenigstens die Stimmzettel sind aus Papier“. Zugleich ist das eine Beschreibung des Wahlkampfes an sich, der als inhaltsleer und schmutzig bezeichnet wird – geprägt von gegenseitigen Beschuldigungen. Dafür bedienen sich beteiligte Politikerinnen und Politiker vor allem sozialer Netzwerke. Ein Beispiel dafür sind aus dem Kontext gerissene Zitate, wie das im Juni in einer *Debatte über die Rede der Autorin Carolin Emcke* geschah, die auf dem Parteitag von *Die Grünen* sprach. In Anbetracht des Wahlkampfes äußerte *Frank-Walter Steinmeier im Sommerinterview mit dem ZDF* im Juli: „Ich habe Sorge, dass es eine Schlamm Schlacht werden könnte“, während *andere sich längst inmitten dieser sehen*. Dabei hat sich nicht nur der Ton einiger Politikerinnen und Politiker verändert, sondern auch die *Medienberichterstattung*. Doch welche Bedeutung messen die Parteien diesen Zusammenhängen und weiteren Themen eigentlich bei, die sich an der Schnittstelle von Digital- und Medienpolitik bewegen? Um eine Antwort darauf zu finden, ergründet die folgende „Diskursanalyse“ die Bundestagswahlprogramme der im *Deutschen Bundestag* befindlichen Parteien. Sie haben umfangreiche Programme aufgestellt, deren Text insgesamt zwei Millionen Zeichen überschreitet und damit länger ist als die ersten drei Bände von *Harry Potter*.

CDU/CSU: „Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.“, 21. Juni 2021, 139 Seiten

SPD: „Aus Respekt vor Deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.“, 9. Mai 2021, 65 Seiten

Bündnis 90/Die Grünen: „Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021. Bereit, weil Ihr es seid.“, 13. Juni 2021, 110 Seiten

FDP: „Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten“, 16. Mai 2021, 90 Seiten

Die Linke: „Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021“, 19./20. Juni 2021, 162 Seiten

AfD: „Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag“, 20. Mai 2021, 209 Seiten

INHALTE

DEBATTENPROFIL – ECKDATEN DER DEBATTE IM ÜBERBLICK 5

DISKURSANALYSE: JA ZU DEMOKRATISCHEN ONLINE-DISKURSEN – NEIN ZU GRÖßEREN ZUSAMMENHÄNGEN 6

Position 1: Hasskriminalität aus dem Netz verbannen – Desinformation irgendwie auch 6

Position 2: Hass und Desinformation mit Kompetenz und Vielfalt begegnen 7

FAKTENCHECK – BEEINFLUSST DESINFORMATION DEN WAHLKAMPF? 11

HINTERGRUND – DREI FRAGEN AN MIRO DITTRICH 13

ABTAUCHEN – TIPPS ZUR VERTIEFUNG 15

Interaktive Analyse „Das Social Media Dashboard zur Bundestagswahl 2021“ 15

Wissenschaftlicher Blogpost: „Wahl-Watching“ 15

Überblick zu Fallanalyse: „Desinformationskampagnen gegen die Wahl: Befunde aus Sachsen-Anhalt“ 15

QUELLEN 16

DEBATTENPROFIL – ECKDATEN DER DEBATTE IM ÜBERBLICK

WAS: *Worum geht es in der Debatte?*

- Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021
 - Umgang mit Hass und Hetze online
 - Bekämpfen von gezielter Desinformation online
 - Medien- und Meinungsvielfalt
 - Marktmacht
 - Regulierungsmöglichkeiten und -vorhaben
- Bedrohung demokratischer Prozesse im Bundestagswahlkampf durch Desinformation

WER: *Wer debattiert zu diesen Themen?*

Parteien, Politikerinnen und Politiker, journalistische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

WO: *Wo spielt sich die Debatte ab?*

Im Fokus steht der Diskurs in Deutschland.

WANN: *Seit wann diskutieren die Akteure das Thema?*

Das Hauptaugenmerk liegt auf der aktuellen Debatte seit Beginn dieses Jahres und vor allem seit Mai 2021.

DISKURSANALYSE: JA ZU DEMOKRATISCHEN ONLINE-DISKURSEN – NEIN ZU GRÖßEREN ZUSAMMENHÄNGEN

Alle Parteien, bis auf die *AfD*, betonen in ihren Wahlprogrammen die Bedeutung dessen, demokratische Prozesse und Diskurse zu schützen. Für sie spielt in diesem Kontext vor allem der Umgang mit Hass und Hetze online eine wichtige Rolle. Desinformation greifen sie eher randständig auf. Um demokratische Debatten zu fördern, rücken die Parteien in unterschiedlichem Maß Medien- und Digitalkompetenzen, Medien- und Meinungsvielfalt sowie den Kinder- und Jugendschutz in den Mittelpunkt. Ein umfassendes Verständnis davon, wie sich Informations- und Kommunikationsräume verändern sowie dessen Zusammenhang zu demokratischen Prozessen, lässt sich nicht erkennen.

Position 1: Hasskriminalität aus dem Netz verbannen – Desinformation irgendwie auch

Alle Parteien, bis auf die *AfD*, machen Hass und Hetze im Netz zum Thema. Begegnungsstrategien sehen die Parteien teilweise in neuen Regulierungsansätzen, auch auf europäischer Ebene (*SPD*, *Die Grünen*), in Präventionsmaßnahmen (*CDU/CSU*, *SPD*) sowie mehrheitlich darin, die strafrechtliche Verfolgung und die Kompetenzen in den zuständigen Behörden auszubauen (*CDU/CSU*, *SPD*, *Die Grünen*, *Die Linke*). In Bezug auf das [Netzwerkdurchsetzungsgesetz \(NetzDG\)](#) sieht die *SPD* Überarbeitungsbedarf, während *FDP* und *AfD* das Gesetz abschaffen wollen. Zusammenhänge zu Radikalisierung und Polarisierung erwähnt nur die *CDU/CSU* am Rand. Auch die Verbindung zum Thema Desinformation bleibt in den Wahlprogrammen eher vage.

Demokratische Werte schützen

Bis auf die *AfD* thematisieren alle Wahlprogramme der Parteien die Notwendigkeit, Hass und Hetze in digitalen Räumen zu begegnen. *CDU/CSU*, *SPD* und *Die Grünen* definieren das als Maßnahme zum Schutz demokratischer Werte. Die *FDP* und *Die Linke* greifen Online-Hassrede eher oberflächlich und allgemein auf. In diesem Kontext fordert die *FDP* den Schutz der freien Meinungsäußerung: „Leider nehmen Straftaten, Hass und Hetze im Internet weiter zu. Der Staat steht hier in der Pflicht, entschieden zu handeln – und Persönlichkeitsrechte sowie die freie Meinungsäußerung effektiv zu schützen.“ Das Wahlprogramm von *CDU/CSU* verdeutlicht, dass Hassrede nicht unter den Schutz der freien Meinungsäußerung fällt: „Dabei sind hetzerische Parolen im Netz nicht von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit geschützt. Im Gegenteil: Sie bereiten den Boden für eine weitere Verrohung der Sprache wie der politischen Auseinandersetzung und tragen wesentlich zur Radikalisierung von Einzelpersonen und Gruppen bei.“ Dem widerspricht die *AfD*, indem sie mit nicht belegbaren Darstellungen argumentiert, um die Meinungsfreiheit zu schützen. Denn die Partei verwendet dabei den [Begriff der Zensur](#) missbräuchlich. Dieser beschreibt, dass der Staat hierbei die Medien zu seinen Gunsten kontrolliert und Veröffentlichungen verbietet, ohne sich dabei auf eine demokratische Rechtsordnung zu beziehen, was faktisch nicht zutrifft.

Strafrechtliche Verfolgung stärken – Sammlung von Regulierungsideen

Alle Parteien betonen im Zusammenhang mit der Verfolgung von Hasskriminalität online die Rolle der Strafverfolgung und sprechen sich für ihren Ausbau aus. Dabei heben sie unterschiedliche Aspekte hervor. Die *SPD* und *Die Grünen* fordern eine hinreichende technische und personelle Ausstattung der zuständigen Behörden. *Die Grünen* konkretisieren: „Diese müssen, gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können.“ Indes erweitert *Die Linke* den Betrachtungsgegenstand, indem sie den Begriff der digitalen Gewalt einführt und fordert, dass sie juristisch anerkannt und verfolgt wird. Auch sie wollen einen Kompetenzausbau in den Strafverfolgungsbehörden. Die *CDU/CSU* möchte, dass die Strafverfolgungsbehörden in besonders schweren Fällen ohne Anzeige ermitteln können. Die *Grünen* sprechen sich für eine Möglichkeit aus, gegen Accounts vorzugehen, auch wenn keine Täterin oder kein Täter festgestellt werden kann. Auch die *FDP* erwähnt die Notwendigkeit einer effektiven Strafverfolgung und geht in diesem Kontext darauf ein, dass sie das NetzDG abschaffen möchte. In der Begründung argumentiert die Partei wider-

Das [Netzwerkdurchsetzungsgesetz \(NetzDG\)](#) verpflichtet Anbieter großer sozialer Netzwerke dazu, Beschwerdemöglichkeiten für Nutzerinnen und Nutzer einzurichten, damit sie strafrechtlich relevante Inhalte melden können. Die Anbieter sind dazu verpflichtet, die Inhalte innerhalb bestimmter Fristen zu prüfen und zu löschen. Ab Februar 2022 sollen die Unternehmen zudem [strafrechtlich relevante Inhalte und die IP-Adressen der dafür eingesetzten Geräte an das Bundeskriminalamt \(BKA\)](#) weiterleiten. [Google](#) hat im Juli 2021 Klage dagegen beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht.

sprüchlich: „Das NetzDG setzt bisher einseitig einen Anreiz zur Löschung von Inhalten und legt die Entscheidung über die Grenzen der Meinungsfreiheit allein in die Hände sozialer Netzwerke. Deren Einfluss wollen wir durch Einrichtungen der Selbstregulierung als Beschwerdeinstanz verringern.“ Dem gegenüber betonen Die Grünen die Verantwortung der Anbieter sozialer Plattformen: „Sie dürfen bestehende Rechte nicht aushöhlen, sind für Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die Grundrechte wahren.“ Die SPD spricht sich an zwei Stellen dafür aus, die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und dem NetzDG weiterzuentwickeln. Die AfD möchte das NetzDG abschaffen, begründet diese Forderung jedoch nicht. Stattdessen solle es zentrale Meldestellen geben, an die sich Betroffene wenden könnten und auf Länderebene Schwerpunkt-Justizzentren, die für die Rechtsdurchsetzung zuständig seien.

SPD und Die Grünen fordern verbindliche Regulierungen auf europäischer Ebene und erwähnen in diesem Zusammenhang den **Digital Services Act (Digitale-Dienste-Gesetz)**, ein umfassendes Regulierungsvorhaben auf Ebene der *Europäischen Union (EU)*. Es soll für einheitliche Regeln bei der Strafverfolgung, aber auch hinsichtlich Transparenzvorschriften für Anbieter sozialer Netzwerke und Plattformen sorgen. Darüber hinaus nennen *Die Grünen* repräsentative, zivilgesellschaftliche Plattformräte als Möglichkeit, um Entscheidungen darüber zu treffen, welche Inhalte auf Online-Plattformen nicht verbleiben dürfen. Zudem sollen sich große Anbieter über eine Abgabe an unabhängige Angebote beteiligen, die von Hass und Hetze Betroffene beraten. Dafür will die Partei ein Gesetz für digitalen Gewaltschutz erlassen. Für zivilgesellschaftliche Hilfsangebote sprechen sich außerdem *CDU/CSU* und *SPD* aus, ohne genauer darauf einzugehen, welche konkreten Formen ihr Zuspruch annehmen könnte.

Desinformation – ein Thema am Rande

Im Vergleich zum Thema Hass und Hetze im Netz nimmt Desinformation in allen Parteiprogrammen eine untergeordnete Rolle ein. Die *CDU/CSU* thematisiert Desinformation zunächst indirekt über den Begriff der Manipulation im Rahmen einer Aufzählung von Charakteristika, die mit Veränderungen von Öffentlichkeiten mit der fortschreitenden Digitalisierung zu tun haben: „Zugleich sind durch den unregulierten Vormarsch der Digitalkonzerne Risiken entstanden: Meinungsdiskriminierung, Manipulation, Missbrauch von Markt- und Meinungsmacht oder Verletzung der Privatsphäre. Es bedarf daher moderner und neuer Regelwerke und Kontrollmechanismen.“ Ähnlich beiläufig thematisiert die *SPD* Desinformation und spricht sich infolge dafür aus, europäische Frühwarnsysteme gegen solche Kampagnen auszubauen. *Die Grünen* gehen etwas ausführlicher darauf ein, dass sie die Aufsicht auf nationaler und europäischer Ebene verbessern wollen, unter anderem durch eine gemeinsame Medienanstalt der Länder. Die *AfD* thematisiert Desinformation nicht, verneint aber ohne Begründung einen derzeit praktizierten Begegnungsansatz mit der Äußerung: „Faktenprüfer‘ und Meinungswächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten.“

Desinformation thematisieren *CDU/CSU* und *FDP* vor allem als Bedrohung von außen. So plädiert die *FDP* dafür, dass die *EU-Kommission* und der *Europäische Auswärtige Dienst* ihre Mitgliedsstaaten beraten und dafür sorgen sollen, dass autoritativ regierte Staaten die Willensbildungsprozesse oder Wahlen in *EU*-Ländern nicht beeinflussen. Darüber hinaus ist es laut des *FDP*-Programms Aufgabe der *EU*, Deutschland besser zu schützen: durch Diplomatie, ein Bündeln der Zuständigkeiten der Nachrichtendienste und der Arbeit politischer Stiftungen. Die *CDU/CSU* greift Desinformation in Zusammenhang mit dem Umgang mit Russland auf. Demnach fordert die russische Regierung die Werte Deutschlands heraus und greift zu Cyberangriffen, Desinformation und Propaganda, um die eigenen Werte durchzusetzen. Damit die Bürgerinnen und Bürger auch auf digitalen Plattformen darauf vertrauen könnten, korrekte Nachrichten zu erhalten, sollten „öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienangebote sowie journalistisch-redaktionelle Inhalte, deren Beitrag ein Wert für die Gemeinschaft ist“, einfacher auffindbar sein.

Position 2: Hass und Desinformation mit Kompetenz und Vielfalt begegnen

Einige Parteien sehen im Stärken von Digital- und Medienkompetenz eine Form, um den demokratischen Diskurs online zu fördern und setzen das auch in den Kontext weiterer Herausforderungen wie Cybermobbing oder einem verbesserten Jugendschutz online (CDU/CSU, Die Grünen, Die Linke, FDP). Darüber hinaus definieren manche Wahlprogramme (SPD, Die Grünen, Die Linke) Medien- und Meinungsvielfalt sowie Qualitätsjournalismus als bedeutsam, um mit Herausforderungen in Online-Informations- und Kommunikationsumgebungen umzugehen. Eine Verbindung zu Themen des wirtschaftlichen Wettbewerbs schlagen FDP, Die Linke und Die Grünen, wobei sich ihre Forderungen diesbezüglich unterscheiden.

Medien- und Digitalkompetenzen stärken

Keine Partei erwähnt explizit die Gefahr von Desinformation durch inländische Akteure (siehe „Faktencheck“) oder stellt

einen systematischen Zusammenhang zu Online-Hass und -Hetze her. Vielmehr rücken einige Parteien Medien- und Digitalkompetenzen in den Vordergrund. Die Linke definiert für sich Maßnahmen privatwirtschaftlicher Unternehmen wie Löschungen als falschen Ansatz und fordert: „Gegen Desinformation brauchen wir eine stärkere Medienbildung statt Zensur.“ Auch hier wird der Begriff der Zensur außerhalb seines Bedeutungsrahmens verwendet. Darüber hinaus definiert die Partei die Ausbildung entsprechender Kompetenzen als generationenübergreifende Aufgabe und als Ansatz des Jugendschutzes im Internet. In diesem Kontext möchte sie die Rolle der Landesmedienanstalten stärken. Auch *CDU/CSU* nennt den Bedarf, die Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger zu stärken, und zudem Jugendliche online besser zu schützen. Dabei müssten große Digitalkonzerne Verantwortung übernehmen und reguliert werden, sofern das nötig sei. *Die Grünen* wollen wiederum die Kompetenzen der *Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz* stärken. Außerdem möchte die Partei Kinder vor dem kommerziell getriebenen Sammeln ihrer Daten schützen. Die *FDP* fordert lebenslange Lernkonzepte, um Digital- und Medienkompetenz zu vermitteln, „sodass sich Personen jeglichen Alters sicher im Internet bewegen und Inhalte dem Zusammenhang entsprechend verstehen und bewerten können.“ Damit reiht die *FDP* als einzige Partei den Zusammenhang zwischen entsprechenden Kompetenzen und Desinformation an. Keine der Parteien definiert genauer, was sie mit Medien-, Nachrichten- und Digitalkompetenzen meint und wie sie flächendeckend fernab des formalen Bildungssystems ausgebaut werden können.

Darüber hinaus messen *Die Grünen* einem verständlichen und interdisziplinären Wissenschaftsdialog eine übergeordnete Bedeutung bei, um mit Verschwörungsmythen umzugehen. Dabei sollen auch partizipative Formate und die Förderung von Wissenschaftskommunikation eine Rolle spielen. Zudem definiert das Parteiprogramm die Wissenschaft als sachlichen Diskursraum, auf den eine demokratische Gesellschaft in Zeiten polarisierter Debatten angewiesen ist.

Vielfalt der Medien fördern

Alle Parteien, bis auf die *AfD*, greifen die Vielfalt der Meinungen, der Medien und in den Medien als wichtige Grundlage für demokratische Prozesse auf. Die *CDU/CSU* bleibt dabei allgemein und definiert „[d]ie Weiterentwicklung eines vielfältigen und anspruchsvollen Mediensystems aus Presse, Rundfunk und Onlineangeboten“ als zentralen Bestandteil ihrer Medienpolitik. Ähnlich unbestimmt hält sich die *FDP* und betont in diesem Zusammenhang den „Wettstreit der Meinungen“. „Digitale und mediale Teilhabe, Vielfalt, Chancengleichheit und ein kommunikativer Pluralismus“ sind für die *SPD* grundlegender Bestandteil ihrer Medienpolitik, die sie zudem als Gesellschaftspolitik begreift, die den demokratischen Austausch stärkt. Das *AfD*-Wahlprogramm erzählt indes einen gängigen Verschwörungsmythos in Bezug auf öffentlich-rechtliche und private Medien nach, der auch unter dem „*Lügenpresse*“-Vorwurf bekannt und faktisch nicht haltbar ist.

Die Grünen, *SPD* und *Die Linke* betonen die Notwendigkeit qualitätsjournalistischer und gemeinnütziger beziehungsweise nicht gewinnorientierter Medienangebote. So heißt es etwa im Wahlprogramm von *Die Grünen*: „Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle, genauso wie für Qualität und Vielfalt der privaten und Non-Profit-Medienlandschaft.“ Die *SPD* betont zudem die Möglichkeit, Vielfalt durch den Austausch zwischen Online-Expertise und klassischen Medienangeboten zu fördern, was wiederum die Kompetenzausbildung stärken soll: „Dafür wollen wir die kreative Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfahrung der klassischen Medien zusammenbringen. Wir wollen Entwicklungsräume schaffen, in denen die digitale Transformation der Medienwelt gelingt, und diese mit Bildungsangeboten verknüpfen.“

Marktmacht beschränken

Die Linke schlägt als einzige Partei einen größeren Bogen zwischen den Themen Hass, Desinformation, Medienwandel und -vielfalt sowie Marktmacht, bleibt dabei aber im Sinne einer Aufzählung eher vage: „Vielfältiger und unabhängiger Journalismus ist Voraussetzung einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung und daher unerlässlich. Digitalisierung, Konzentrationsprozesse bei Zeitungen und Redaktionen, private Meinungs- und Marktmacht von Plattformen wie Facebook und Youtube, die Zunahme von Hassbotschaften und Fake News: Die Medienwelt befindet sich im radikalen Wandel.“ Auch im Folgenden betont die Partei die Marktmacht einiger weniger Digitalkonzerne durch Werbeeinnahmen und stellt dem kleinere Medienangebote gegenüber, die aufgrund von Werbeeinnahmerückgängen um ihre Existenz kämpfen. Indes betont die *FDP* die Gewährleistung des Wettbewerbs der Medienunternehmen: „Die Verhältnismäßigkeit zwischen Rundfunkbeitrag und Wettbewerb muss gewahrt sein. Konkurrenz zu jedem Internet-Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR.“

Die Bedeutung von Marktmacht großer Digitalkonzerne in Verbindung mit dem Angebot personalisierter Werbung und Daten stellt keine der Parteien dar. *Die Linke* spricht sich allerdings dafür aus, dass Nutzerinnen und Nutzer auf entspre-

chende Angebote zugreifen können, ohne dass die Unternehmen ihre Daten dabei automatisch wirtschaftlich verwerten. Darüber hinaus fordern *Die Grünen* und *Die Linke*, dass sich die Bedingungen für personalisierte Werbung in sozialen Netzwerken, auf Videoplattformen oder bei Suchmaschinen verändern müssen. Die Grünen betonen vor allem die Notwendigkeit von Transparenz sowie Kontrolle und streben eine ambitioniertere Umsetzung des **Digital Markets Acts (Digitale-Märkte-Gesetz)** auf EU-Ebene an. Darüber hinaus sprechen sich alle Parteien, bis auf *FDP* und *AfD*, explizit für Verbesserungen in den Bereichen **Datenportabilität und Interoperabilität** aus. Die *CDU* beschränkt sich dabei auf Messenger-Dienste. Die *SPD* will gesetzlich vorschreiben, dass es möglich ist, „zwischen verschiedenen Messenger-Diensten, sozialen Netzwerken sowie digitalen Diensten und Plattformen zu kommunizieren oder zu wechseln.“

Datenportabilität bezeichnet die Übertragbarkeit von Daten, beispielsweise von einem Anbieter eines sozialen Netzwerks zu einem anderen. In Bezug auf personenbezogene Daten schreibt das die **DSGVO** vor. **Interoperabilität** beschreibt die Möglichkeit, systemübergreifend zu kommunizieren, zum Beispiel von einem Messenger-Dienst zu einem anderen.

Zusammenhänge bleiben unklar

Die Wahlprogramme behandeln die Veränderungen öffentlicher Diskurse und von Meinungsbildungsprozessen wenig systematisch. Das zeigt sich auch darin, wie sie den Umgang mit (lernenden) Algorithmen thematisieren. Die Parteien, die (lernende) algorithmische Systeme erwähnen, fordern Transparenz oder Nachvollziehbarkeit sowie Diskriminierungsfreiheit. Dabei bleiben sie oberflächlich.

Während einige Parteien den Zusammenhang von demokratischen Diskursen mit Medien- und Digitalkompetenz sowie Meinungs- und Medienvielfalt herstellen, greifen die Wahlprogramme die Zusammenhänge zwischen Hasskriminalität, Desinformation und Verschwörungsmmythen kaum auf oder sparen sie komplett aus. Die Verbindungen der Themen und damit einhergehende Herausforderungen stellt etwa die Analyse „**Alternative Medien und Influencer als Multiplikatoren von Hass, Desinformation und Verschwörungstheorien**“ der *Kommission für Jugendmedienschutz* und die *medienanstalten* von Januar 2021 dar. Während die Parteien Hass und Hetze online vergleichsweise ausführlich thematisieren, bleiben die Auseinandersetzung und die Forderungen zum Umgang mit Desinformation vage. Verschwörungsmmythen werden weitgehend ausgeklammert und, wenn überhaupt, vereinzelt und beispielhaft erwähnt. Dies steht im Gegensatz zur **Tatsache, dass Desinformation und Verschwörungsmmythen während der Corona Pandemie noch einmal an Bedeutung gewonnen haben.**

Die Parteien setzen diese Herausforderungen für demokratische Diskurse ebenfalls kaum in Bezug zu den Geschäftsmodellen von Unternehmen, die zentrale Infrastrukturen der Online-, Informations- und Kommunikationsumgebungen anbieten. Wie diese gestaltet sind, wirkt sich auf die Bedingungen der Informations- und Meinungsbildungsprozesse ihrer Nutzerinnen und Nutzer aus. Dazu zählen auch algorithmische Systeme beziehungsweise Systeme der Künstlichen Intelligenz (KI), die die Unternehmen einsetzen. Die Maßstäbe, nach denen etwa das Sortieren von Inhalten in sozialen Netzwerken funktioniert, sind weitgehend unbekannt und können sich je nach Angebot unterscheiden. Bekannt ist, dass **die Anzahl der Klicks und Interaktionen** wie Kommentare dabei eine Rolle spielt. Inhalte, die viele Reaktionen hervorrufen, werden mehr Nutzerinnen und Nutzern angezeigt und ebenfalls weiter oben in Newsfeeds oder -streams ausgespielt, wodurch sie potentiell mehr Menschen sehen und weitere Reaktionen entstehen. Diese Effekte nutzen bestimmte Akteure aus, um über **Fake Profile** oder **Social Bots (automatisierte Konten)** ihre Interaktionsraten in die Höhe zu treiben. Das führt dazu, dass **mehr Menschen ihre Beiträge sehen und sie teilweise von klassischen Medien oder politischen Institutionen als gesellschaftlich relevanter eingestuft** werden als sie es tatsächlich sind. Viele der Akteure, die so vorgehen, streuen in ihren Veröffentlichungen faktisch nicht belegbare Inhalte (Desinformation oder Verschwörungsmmythen), forcieren über Hass und Hetze Polarisierungen in der Gesellschaft und **wirken so auf das Meinungsklima zu bestimmten Themen** (siehe *Faktencheck*).

Keine der Parteien greift diese Zusammenhänge auf, die in Verbindung mit einigen ihrer Forderungen (siehe **Position 1** und **2**) gebracht werden können. Die *CDU/CSU* erwähnt KI nur allgemein als Chance, etwa um Sprachbarrieren zu überwinden oder den Technologiestandort Deutschland auszubauen. Die *FDP* möchte verschiedene Förderprogramme für KI einrichten, wozu auch „digitale Freiheitszonen“ zählen, in denen weniger Regularien gelten sollten. Die *SPD* weist darauf hin, dass die Ergebnisse von KI-Systemen eine Vielzahl von Menschen betreffen und zugleich unseren Alltag erleichtern können. „Aber sie müssen transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.“ In eine ähnliche Richtung argumentieren *Die Grünen* und führen ihre Forderungen nach Regulierung auf europäischer

Ebene genauer aus: „Wir setzen uns ein für einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber auch Rechtssicherheit für betroffene Betriebe zu ermöglichen“. *Die Linke* erwähnt einen Zusammenhang zu Meinungsbildungsprozessen und marktwirtschaftlichen Effekten oberflächlich: „Bei Anwendung von KI auf personenbezogene Daten müssen demokratische Gestaltungsmöglichkeiten, weitgehender Datenschutz und freie Meinungsbildung in digitalen Medien gewährleistet sein. KI muss hierbei sozialer Spaltung, Monopolisierungstendenzen in der Wirtschaft durch wenige Technologiekonzerne und Überwachung entgegenwirken.“

FAKTENCHECK – BEEINFLUSST DESINFORMATION DEN WAHLKAMPF?

Die Wahlprogramme greifen Desinformation eher vage auf und thematisieren sie hauptsächlich als Bedrohung von außen. Im Wahlkampf fernab der Programme sieht das anders aus. Neben Politikerinnen und Politikern rücken auch Medienberichte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie zivilgesellschaftliche Organisationen gezielt irreführende und sachlich nicht belegbare Darstellungen in den Fokus öffentlicher Debatten über die Wahlen. Welche Rolle spielt Desinformation im Bundestagswahlkampf tatsächlich und wer streut sie?

BEHAUPTUNG

Ausländische repressive Staaten versuchen den Wahlkampf über gezielte Desinformation zu beeinflussen.

ARGUMENTE

Die Bundesregierung und zuständigen Behörden rechnen mit Cyberangriffen aus dem In- und Ausland. Arne Schönbohm, Präsident des *Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)*, nannte **Cyberstalking, Beschimpfungen im Netz sowie Stör- und Sabotageaktionen als mögliche Formen der Manipulation**. Ihm zufolge sind die Bedrohungen **größer als in der Vergangenheit**. Thomas Haldenwang, Präsident des *Bundesamtes für Verfassungsschutz*, sprach bestimmten Staaten ein Interesse zu, die Wahlen im September zu beeinflussen, ließ jedoch offen, um welche Staaten es sich handelt. Die „Task Force Desinformation“ (*EUvsDisinfo*) des *Europäischen Auswärtigen Dienstes* veröffentlichte im März 2021 einen **Bericht, der besagt**: Deutschland ist wie kein anderes Land der *EU* von russischer Desinformation betroffen. Darauf reagiert *Democracy Reporting International* im Papier **„Bewertung der Online-Risiken für die Bundestagswahl“ im Juni 2021 mit dem Hinweis**, dass die Zuordnung von Desinformation zu bestimmten Akteuren vorsichtig erfolgen sollte, um sie nicht als bedeutsamer oder mächtiger darzustellen als sie sind. Eine **Untersuchung** des *Oxford Internet Institute* während des Wahlkampfes zum *Europäischen Parlament* 2019 zeigte, dass „Junk-News“ und Desinformation lediglich etwa drei Prozent aller untersuchten Links ausmachten. Nur ein knappes Prozent waren Verweise zu russischen, staatlich kontrollierten oder gelenkten Nachrichtenquellen wie *Russia Today* und *Sputnik*. Die beteiligte Wissenschaftlerin Lisa-Maria Neudert weist dennoch darauf hin, dass Desinformation bedenklich sein kann: Diese Inhalte führen zu mehr Interaktionen als seriöse Nachrichten, da sie auf eine emotionalisierende Ansprache setzen. Das Engagement mit solchen Inhalten ist in Deutschland sechsmal so hoch wie bei anderen Posts. Zugleich geht die Wissenschaftlerin davon aus, dass desinformierende Inhalte vor der Bundestagswahl weiter zunehmen werden.

Der **Bericht** von *Democracy Reporting International* weist darauf hin, dass Desinformation einen gewissen Einfluss entfalten kann, was damit zusammenhängt, dass die Wahrnehmung dessen, was wichtig ist, von bestimmten Akteuren gezielt manipuliert wird. Dazu zählt der Einsatz von Social Bots und Fake Profilen, um künstliche Reichweite zu erzeugen, oder koordinierte Aktionen von Nutzerinnen und Nutzern, die eine spontane öffentliche Erregung suggerieren wollen. So **veröffentlichte das Recherchezentrum CORRECTIV Ende Juli 2021 eine Recherche**, die darlegt, wie ein Netzwerk gefälschter Profile, das sich um die erfundene Zeitung „NRW Kurier“ spannt, online gegen Medien hetzt. Das Netzwerk bedient sich dabei einer Vielzahl erfundener Belege sowie inexisterter Expertinnen und Experten. Auch die Wissenschaftlerin Birgit Stark und der Wissenschaftler Daniel Stegmann betonen in ihrem **Working Paper „Vielfaltssicherung im Zeitalter von Medienintermediären“** von April 2021, dass vor allem populistische und extreme Akteure verstärkt eine emotionalisierende und zuspitzende Rhetorik nutzen und damit zahlreiche Reaktionen der Nutzerinnen und Nutzer erzeugen, was wiederum teilweise dazu führt, dass journalistische Medien ihre Inhalte aufnehmen. Zugleich verzerren die Unterschiede in der Bereitschaft, die eigene Meinung mitzuteilen, das Bild über vorherrschende Meinungen. Nicht alle Meinungslager teilen sich gleichermaßen mit und werden demnach auch nicht gleichermaßen wahrgenommen. Das Papier definiert das soziale Netzwerk *Facebook* auf Grundlage der Untersuchungen als größtes Einfallstor für Desinformation, das sowohl die Medienagenda als auch das Meinungsklima beeinflusst. Emotionalisierende Rhetorik spielt auch in **einigen Medienhäusern wie *Bild und Welt*** eine zentrale Rolle in der Wahlkampfberichterstattung.

BEWERTUNG

Expertinnen und Experten sind sich mehrheitlich einig darüber, dass Desinformation die Informationslage und Meinungsbildungsprozesse beeinflusst. Bedrohungen durch Desinformation ergeben sich nicht nur seitens ausländischer Akteure, sondern auch durch solche aus dem Inland. Dabei gelten soziale Plattformen als erste Verbreitungsstelle, während klassische Medien teilweise desinformierende Narrative stärken. Welche Effekte diese Gemengelage konkret auf das Wahlergebnis hat, bleibt bislang unklar.

HINTERGRUND – DREI FRAGEN AN MIRO DITTRICH

Wer die Ursachen für Desinformation alleine im Ausland sieht, verkennt den Kern der Problematik, erklärt **Miro Dittrich**, der zu **digitalen Nischenräumen, Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus** forscht. Er weist darauf hin, dass Desinformation und Verschwörungserzählungen in der Bevölkerung hierzulande fest verankert sind. Die Ursachen dafür liegen nicht alleine in der Beschaffenheit digitaler Räume. Zentral sind die Bedürfnisse nach Gemeinschaft und Sinn, die eine fragmentierte Gesellschaft nicht ausreichend erfüllt.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes ist häufig die Rede von Gefahren durch Desinformationskampagnen – vor allem durch solche, die ausländische Akteure streuen. Können Sie diese Einschätzungen teilen?

Diese Idee stellt eine Externalisierung des Problems dar. Ich halte das für eine Abwehrstrategie, um das eigentliche Problem von sich und der eigenen Gesellschaft wegzuschieben. Derzeit erfolgreiche Desinformationskampagnen kommen jedoch aus der eigenen Bevölkerung. Der Glaube an Verschwörungserzählungen ist in Deutschland weit verbreitet. Das belegen **Studien wie „Die geforderte Mitte“**. Natürlich gibt es Kampagnen aus dem Ausland, die versuchen, Meinungen zu beeinflussen. Genau das ist beispielsweise der Auftrag des Senders *Russia Today*. Russland hat in anderen Ländern wie den USA aktiv in den Wahlkampf eingegriffen. Dabei geht es aber immer nur darum, bestehende Konflikte zu verstärken. Die Grundkonflikte sind jedoch intern. Gerade in Deutschland, wo es kein Mehrheitswahlrecht gibt, ist es für ausländische Kampagnen schwieriger, einen tatsächlichen Effekt auf Wahlergebnisse zu erzielen, als das zum Beispiel in den USA der Fall ist.

Welche Herausforderungen sehen Sie in Zusammenhang mit unseren gegenwärtigen Informations- und Kommunikationsumgebungen für demokratische Prozesse, die die derzeitigen Diskurse im Zuge des Wahlkampfes zu wenig thematisieren oder nicht erkennen?

Wir sprechen zu viel über das Angebot von Misinformation, aber viel zu wenig über deren Nachfrage. Wir diskutieren über Faktenchecks und darüber, ob einzelne Accounts offline genommen werden sollen. Nur sehr wenige reden darüber, dass es ein großes Bedürfnis nach Misinformation gibt. Darüber hinaus ist selten Thema, welche Erzählungen hinter den irreführenden Darstellungen liegen. Beides wäre wichtig, um zu erkennen, welche Funktionen Misinformation erfüllt und um dann auch damit umgehen zu können. Der bisherige Fokus ermöglicht es nicht, Antworten darauf zu finden, warum sich weltweit, aber auch in Deutschland, alternative Wirklichkeiten bilden und sich durch Effekte von Social Media fast schon zu einem kollektiven Wahn ausweiten. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass sich Gemeinschaften gegenseitig in nicht korrigierbaren Positionen bestärken. Gerade die Unkorrigierbarkeit ist ein zentrales Element. Wir missachten derzeit diese Irrationalität und die emotionalen Bedürfnisse, die diese alternativen Wirklichkeiten kennzeichnen. Es geht um große Erzählungen, die Sinn stiften und Orientierung geben. Dieses grundsätzlich positive Streben nach Gemeinschaft und Sinn lenken Verschwörungsideologinnen und -ideologen um.

Es ist nicht die Mehrheit der Bevölkerung, aber doch ein beachtlicher Teil, der in alternativen Welten festsetzt und nicht mehr zu erreichen ist. Ihre Erzählungen entstehen in digitalen Nischenräumen in einer Art evolutionärem Prozess: Die Erzählung, die sich durchsetzt, verbreitet sich dann auch außerhalb dieser Räume und landet beispielsweise in Familienchats. Wir können dann Faktenchecks veröffentlichen oder Accounts offline nehmen, aber das trifft nicht den Kern der Problematik und die Produktion der Verschwörungserzählungen läuft weiter. Die Existenz dieser alternativen Wirklichkeiten und der Umgang damit stellen langfristige Herausforderungen dar. Das haben wir in der Pandemie gespürt, aber ebenfalls bereits in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ oder in diesem Jahr im Zusammenhang mit **Verschwörungserzählungen vom Wahlbetrug bei Briefwahlen** und dem **Klimawandel**.

Welche zentralen Begegnungsansätze gibt es, die politische Diskurse und Regulierungen derzeit noch nicht ausreichend beachten?

Sicherlich müssen Social-Media-Anbieter ihre Verantwortung stärker wahrnehmen und mehr in Contentmoderation investieren. Zugleich ergeben sich hier auf rechtlicher Ebene Herausforderungen, die in Verbindung mit dem Hausrecht der Anbieter und der freien Meinungsäußerung stehen. Außerdem ist es notwendig, die Strafverfolgung zu verbessern, die derzeit nicht ausreichend stattfindet. Eine bislang zu wenig diskutierte und vor allem wahrgenommene

Option besteht darin, mehr Menschen zu befähigen, mit Verschwörungsgläubigen umzugehen. Denn die Forschung zeigt, dass Überzeugungsarbeit, die Menschen aus alternativen Wirklichkeiten holen soll, vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie aus dem direkten sozialen Umfeld kommt. Um zu überzeugen, braucht es eine persönliche Beziehung. Konkret bedeutet das beispielsweise in Bezug auf die Pandemie, dass es eine Möglichkeit gewesen wäre, direkt zu Beginn Hotlines einzurichten, damit sich Menschen melden können, wenn Personen in ihrem Umfeld in alternative Wirklichkeiten abdriften. Dort hätte ihnen mit Ansätzen weitergeholfen werden können, wie sie mit diesen Verschwörungsgläubigen sprechen können. Solche Ansätze wurden aus Forschungsarbeiten abgeleitet und sind erprobt. Es geht also darum, mehr Menschen dazu zu befähigen, in ihrem Umfeld zu wirken. Um dafür sinnvolle Maßnahmen zu entwickeln, ist es auch notwendig, dass politische Entscheiderinnen und Entscheider Online-Umgebungen nicht als virtuelle Orte sehen, die abgetrennt von der Wirklichkeit existieren. Die Konsequenzen der Stimmungen und Meinungen in digitalen Welten sind real.

ABTAUCHEN – TIPPS ZUR VERTIEFUNG

Interaktive Analyse „Das Social Media Dashboard zur Bundestagswahl 2021“

Der *Tagesspiegel* gibt in einem gemeinsamen Projekt mit *Democracy Reporting International* bis Oktober einen Überblick in Zahlen und Datenvisualisierungen zu den Aktivitäten von Spitzenpolitikerinnen und -politikern in sozialen Medien. Hierfür werden Daten dazu analysiert, wer wie viel auf *Facebook*, *Instagram*, *Twitter* und *YouTube* postet, welche Inhalte am meisten Resonanz erzeugen und welche Hashtags oder Smileys Politikerinnen und Politiker verwenden.

Social Media Dashboard, laufende Analyse bis Oktober 2021

Wissenschaftlicher Blogpost: „Wahl-Watching“

Forscherinnen und Forscher des *Leibniz-Institut für Medienforschung* | *Hans-Bredow-Institut* interviewten die sechs Parlamentsparteien mithilfe eines Fragebogens dazu, wie sie ihren Wahlkampf organisieren. Die Fragen basieren auf dem „Leitfaden für digitale Demokratie“ von *Campaign Watch*. Auf Grundlage der Selbstauskünfte ergibt sich grundsätzlich eine hohe Übereinstimmung mit den im Leitfaden dargestellten Zielen. Die Forscherinnen und Forscher schlussfolgern darüber hinaus, dass es wünschenswert wäre, wenn die Parteien kontinuierlich möglichst detaillierte Berichte über eingesetzte digitale Werbemaßnahmen veröffentlichen. Denn den Verweis auf die Werbibibliotheken der Plattformen halten sie für nicht ausreichend.

Leibniz-Institut für Medienforschung | *Hans-Bredow-Institut*, August 2021

Überblick zu Fallanalyse: „Desinformationskampagnen gegen die Wahl: Befunde aus Sachsen-Anhalt“

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl im September 2021 analysierte ein Team des *Institute for Strategic Dialogue* *Desinformation*, ausländische Einflussnahme sowie Hass und Extremismus im Kontext der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Juni 2021. Desinformation erreichte Nutzerinnen und Nutzer über *Twitter*, *Facebook*, aber auch über Messenger-Dienste wie *Telegram* oder die alternative Videoplattform *BitChute*. Rechte Influencerinnen und Influencer wie Roland Tichy, Boris Reitschuster und Oliver Janich trugen ebenfalls über ihre Blogs und Newsletter dazu bei, dass sich irreführende und falsche Inhalte verbreiteten. Die Analyse weist darauf hin, dass soziale Plattformen wie *Facebook* und *Twitter* in Deutschland keine Wahlrichtlinien entwickelt haben, um vor Betrugsvorwürfen zu schützen. Unter anderem das definieren sie als eine Schwachstelle für die Wahl im September.

Institute for Strategic Dialogue, Juni 2021

QUELLEN

AFP: Bundestagswahl. Behörden rechnen mit Cyberangriffen. Tagesspiegel Background, 15.07.2021. Online unter: <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/bundestagswahl-behoerden-rechnen-mit-cyberangriffen>.

AG „SPA Alternative Medien“: Schwerpunktanalyse 2020. Alternative Medien und Influencer als Multiplikatoren von Hass, Desinformation und Verschwörungstheorien. Kommission für Jugendmedienschutz / Die Medienanstalten, Januar 2021. Online unter: https://www.kjm-online.de/fileadmin/user_upload/KJM/Publikationen/Studien_Gutachten/Schwerpunktanalyse_2020_Alternative_Medien_Ergebnisse.pdf.

AfD: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Bundestag, 2021. Online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf.

Bahrtelmes, Mara et al.: Wahl-Watching. Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans Bredow Institut (HBI), 11.08.2021. Online unter: <https://leibniz-hbi.de/de/blog/wahl-watching>.

Ballweber, Jana: Klage gegen das NetzDG. Deutsche Plattformregulierung auf dem Prüfstand. Netzpolitik.org, 30.07.2021. Online unter: <https://netzpolitik.org/2021/klage-gegen-das-netzdg-deutsche-plattformregulierung-auf-dem-pruefstand/>.

Brockschmidt, Annika: Bundestagswahl 2021. Schmutzig wie in Washington. Zeit Online, 17.06.2021. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-06/bundestagswahl-2021-wahlkampf-politische-angriffe-us-wahlkampf-vergleich>.

Bubrowski, Helene / Heeg, Thimeo: Cyberattacken. Behörden rechnen mit Angriffen auf die Bundestagswahl. Faz.net, 25.05.2021. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-rechnen-mit-cyber-angriffen-auf-bundestagswahl-17357878.html>.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz/ Bundesamt für Justiz: Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG), 01.09.2017. Online unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BJNR335210017.html>.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) / DE.DIGITAL: Grünbuch. Digitale Plattformen. Berlin, Mai 2016. Online unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/gruenbuch-digitale-plattformen.pdf?__blob=publicationFile&v=32.

Bündnis 90/Die Grünen: Deutschland. Alles drin. Bundestagswahlprogramm 2021. Berlin, 2021. Online unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf.

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb: Lexikon einfach Politik: Zensur. bpb.de, o. D. Online unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/250137/zensur>.

Campaign Watch.de: Startseite. Online unter: <https://campaign-watch.de/leitfaden/>.

CDU/CSU: Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Europa, 2021. Online unter: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>.

CeMas.io: Miro Dittrich. O. D. Online unter: <https://cemas.io/team/miro-dittrich/>.

Delcker, Janosch: Superwahljahr in Deutschland. Cyber-Bedrohungen überschatten Bundestagswahlkampf. DW.com, 08.03.2021. Online unter: <https://www.dw.com/de/cyber-bedrohungen-überschatten-bundestagswahlkampf/a-56772592>.

Die Linke: Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. Berlin, 2021. Online unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf.

Echtermann, Alice: Die Zeitungsfälscher. Wie ein skurriles Netzwerk aus Fake-Accounts auf Facebook Stimmung macht. Correctiv.org, 30.07.2021. Online unter: <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2021/07/30/die-zeitungsfaelser-wie-ein-skurriles-netzwerk-aus-fake-accounts-auf-facebook-stimmung-macht/>.

Eur-lex.europa.eu: Amtsblatt der Europäischen Union. Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates, 27.04.2016. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0679#d1e1393-1-1>.

Europäische Kommission: Das Gesetz über digitale Märkte. Für faire und offene digitale Märkte. O. D. Online unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-markets-act-ensuring-fair-and-open-digital-markets_de.

Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG. Brüssel, 15.12.2020. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0825&from=de>.

EU vs Disinfo: Vilifying Germany; Wooing Germany. European External Action Service's East StratCom Task Force, 09.03.2021. Online unter: <https://euvsdisinfo.eu/villifying-germany-wooing-germany/>.

FDP: Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten. Berlin, 2021. Online unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf.

Garbe, Sophie / Goldschmidtböing, Lisa / Tack, Achim: Datenanalyse der Wahlprogramme. Zwei Millionen Zeichen, schwer lesbar – und von Frauen spricht die Union nur selten. Spiegel.de, 19.07.2021. Online unter: <https://www.spiegel.de/consent-a?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Fbundestagswahl-2021-datenanalyse-der-wahlprogramme-zwei-millionen-zeichen-schwer-lesbar-a-810a6fcf-6328-443e-b099-a5-54503b24ca>.

Hölig, Sascha / Hasebrink, Uwe / Behre, Julia: Reuters Institute Digital News Report 2021. Ergebnisse für Deutschland. Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans Bredow Institut (HBI). Hamburg, Juni 2021, Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 58. Online unter: https://www.hans-bredow-institut.de/uploads/media/Publikationen/cms/media/v9drj2w_AP58_RDNR21_Deutschland.pdf.

Holznagel, Daniel: YouTube vs. das NetzDG. Verfassungsblog.de, 27.07.2021. Online unter: <https://verfassungsblog.de/youtube-vs-netzdg/>.

Hottelet, Ulrich: Bundestagswahl „attraktives Ziel“ für Hackerangriffe und Desinformation. heise.de, 30.06.2021. Online unter: <https://www.heise.de/news/Bundestagswahl-attraktives-Ziel-fuer-Hackerangriffe-und-Desinformation-6123363.html>.

Käppner, Joachim: Zeit, sich wieder ordentlich zu streiten. sueddeutsche.de, 04.08.2021. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/bundestagswahl-2021-wahlkampf-parteien-1.5372641>.

Kettemann, Matthias C. et al.: Superwahljahr 2021. Gesellschaftlicher, medialer und rechtlicher Rahmen. Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans Bredow Institut (HBI), 26.05.2021. Online unter: <https://leibniz-hbi.de/de/blog/superwahljahr-2021-gesellschaftlicher-medialer-und-rechtlicher-rahmen>.

Magro, Jean-Marie / Schmeitzner, Birgit / Krone, Tobias: 1 Thema. 3 Köpfe. Bundestagswahl 2021 – Braucht es noch Inhalte? BR Podcast, 18.07.2021. Online unter: <https://www.br.de/mediathek/podcast/1-thema-3-koepfe/bundestagswahl-2021-braucht-es-noch-inhalte/1831744>.

Mathelemuse, Nora / Smirnova, Julia: Desinformationskampagnen gegen die Wahl: Befunde aus Sachsen-Anhalt. Institute for Strategic Dialogue, 2021. Online unter: <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2021/06/Bericht-Landtagswahlen-Sachsen-Anhalt-Final.pdf>.

Meyer, Erik / Meyer-Resende, Michael / Schwertheim, Helena: Bewertung der Online-Risiken für die Bundestagswahl. Democracy Reporting International, Juni 2021. Online unter: <https://democracy-reporting.org/uploads/publication/15221/document/dri-report-german-elections-risk-as-60d1963d41df9.pdf>.

Mohabbat Kar, Resa / Thapa, Basanta / Parycek, Peter (Hg.): (Un)Berechenbar? Algorithmen und Automatisierung in Staat und Gesellschaft. Kompetenzzentrum Öffentliche IT. Berlin, 2018. Online unter: <https://www.oeffentliche-it.de/documents/10181/14412/%28Un%29berechenbar+-+Algorithmen+und+Automatisierung+in+Staat+und+Gesellschaft>.

Mohrat, Friederike: Was Plattformen zum Schutz der Wahl tun. Tagesspiegel Background, 16.07.2021. Online unter: <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/was-plattformen-zum-schutz-der-wahl-tun>.

Monitor: Wahlkampf 2021. Schmutzkübel statt Inhalte. WDR, 28.06.2021. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=yRk3l7LzPo8>.

Müller-Brehm, Jaana: Datenportabilität und Interoperabilität – Die eine Welt der Daten und Dienste? tbd. Der Debattemonitor der Landesanstalt für Medien NRW. Medienpolitische Debatten verständlich machen. Düsseldorf, März 2021. Online unter: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/NeueWebsite_0120/Themen/Intermediaere/tbd-Debattenmonitor_der_Landesanstalt_fuer_Medien_NRW-012021_01.pdf.

Reinemann, Carsten / Zieringer, Lisa: Meinungsmachtkontrolle und Vielfaltsmonitoring im digitalen Zeitalter. Eine kritische Reflexion der Begriffe, Annahmen, Indikatoren und Verfahren von Medienstaatsvertrag, Konzentrationskontrolle und Medienvielfaltsmonitoring. bidt – Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation, Juli 2021. Online unter: <https://www.bidt.digital/wp-content/uploads/2021/07/bidt-WP-04-Reflexion-Meinungsmacht.pdf>.

Rezepka, Dominik: ZDF-Sommerinterview. Steinmeier fürchtet Wahlkampf-Schlammschlacht. zdf.de, 04.07.2021. Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/zdf-sommerinterview-steinmeier-wahlkampf-100.html>.

Serrano, Juan Carlos Medina et al.: The rise of the AfD. A social media analysis. In: SMSociety ,19: Proceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society, 2019. Online unter: <https://doi.org/10.1145/3328529.3328562>.

SPD: Aus Respekt vor Deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wozu wir streben. 2021. Online unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>.

Stark, Birgit / Stegmann, Daniel: Vielfaltssicherung im Zeitalter von Medienintermediären. Modelle zur Messung und normative Maßstäbe. bidt – Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation, April 2021. Online unter: https://www.bidt.digital/wp-content/uploads/2021/04/bidt_Working-Paper_Vielfaltssicherung.pdf.

Steinke, Ronen: Rede auf dem Grünen-Parteitag. Carolin Emcke wird gezielt verunglimpft. sueddeutsche.de, 13.06.2021. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/carolin-emcke-gruener-parteitag-antisemitismus-1.5320198>.

Stiftung Datenschutz: Datenportabilität – Recht auf Datenübertragbarkeit. Datenportabilität in der Praxis. O. D. Online unter: <https://stiftungdatenschutz.org/themen/datenportabilitaet>.

Tageschau: Kampagne im Netz. Mit Social Bots gegen den Migrationspakt. tagesschau.de, 22.04.2020. Online unter: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ausland/social-bots-migrationspakt-101.html>.

Tagesschau: Manipulierte Karten und Wikinger-Wein. tagesschau.de, 14.04.2021. Online unter: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/podcast/klimawandel-klimaleugner-101.html>.

Tagesspiegel: Das Social Media Dashboard zur Bundestagswahl 2021. tagesspiegel.de, zuletzt aktualisiert: 18.08.2021. Online unter: <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/social-media-dashboard-bundestagswahl-2021/>.

Von Lindern, Jakob: Cybersicherheit bei der Bundestagswahl. Wenigstens die Stimmzettel sind aus Papier. Zeit Online, 14.07.2021. Online unter: <https://www.zeit.de/digital/2021-07/cybersicherheit-bundestagswahl-einflussnahme-wahlen-manipulation-hackerangriffe-desinformation-digitalisierung/komplettansicht>.

Wilkens, Julien: Wa(hr) da was? AufRuhr. Das Magazin der Stiftung Mercator, 20.07.2021. Online unter: <https://www.aufrohr-magazin.de/digitalisierte-gesellschaft/politische-desinformation-wahr-da-was/>.

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 2021. Online unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=65543&token=be951e80f3f538cca04a67567b9da4b995a93c64>.

ÜBER tbd – DER DEBATTENMONITOR DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW

tbd – der Debattenmonitor der Landesanstalt für Medien NRW ermöglicht einen schnellen Einstieg in aktuelle digital- und medienpolitische Debatten. Wer diskutiert worüber – und warum? *tbd* gibt einen strukturierten Überblick, zeigt unterschiedliche Positionen auf und beleuchtet deren Inhalte. Zugleich bietet *tbd* sowohl neue Perspektiven als auch zusätzliche, bislang wenig beachtete Informationen. Er wird im Auftrag der *Landesanstalt für Medien NRW* durch den unabhängigen Think Tank *iRights.Lab* erarbeitet.

Warum **tbd**? „To be discussed“, „to be defined“ oder „to be done“? Im Bürosprech ist „tbd“ die passende Abkürzung für Dinge, die noch diskutiert, erörtert oder erledigt werden müssen. Gleichzeitig beschreiben diese drei Buchstaben den Kern des Debattenmonitors, der sich offen mit Themen beschäftigt, Interesse weckt und mögliche Handlungsfelder für die Medienregulierung aufzeigt.

Impressum

Herausgeberin:

Landesanstalt für Medien NRW
Zollhof 2
D-40221 Düsseldorf

info@medienanstalt-nrw.de
www.medienanstalt-nrw.de

Projektleitung: Robert de Lubomirz-Treter

Realisierung:

iRights.Lab GmbH
Schützenstraße 8
D-10117 Berlin
www.irights-lab.de

Direktor: Philipp Otto

Autorin: Jaana Müller-Brehm

Inhaltliche Mitarbeit: Philipp Otto, Vera Dünninger, Ronny Kühn

Korrektorat: text | struktur

Das *iRights.Lab* entwickelt Strategien und praktische Lösungen, um die Veränderungen in der digitalen Welt vorteilhaft zu gestalten. Dazu erfasst es komplexe Prozesse, identifiziert relevante Kernaspekte und strukturiert Informationen des digitalen Wandels, um übergeordnete Trends und Veränderungen gesellschaftlich und politisch greifbar zu machen.

Gestaltung:

Merten Durth (disegno kommunikation)